

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschreiber: Redaktion Dresden
Bundespost-Zeitungskennnummer: 20041
Für die Reichspost: Nr. 20011
Schriftleitung u. Chefredakteur: Dr. Adolf Nätter
Dresden-Altstadt, Marienstraße 26/28

Bezugspreise vom 10. bis 30. September 1928 bei gleich stimmiger Abstimmung bei 1000 T. 1.20 RM.
Bezugspreis für Dienstag September 8.40 RM. ohne Postabrechnungsstück. Ausgabenummer 10. Drei-
markiges Preisheft 10. Vgl. Anzeigenpreise: Die Angelegen werden nach Sachsen und Sachsen-
Anhalt unterteilt in mindestens 25 Vgl., für ausländische 40 Vgl., Familienzeitungen und Zeitungen
außerhalb des Reichs 15 Vgl., außerhalb 25 Vgl., die 20 min breite Zeitungsecke 200 Vgl., außer-
halb 250 Vgl. Offizierzeitung 30 Vgl. Auswärtige Aufträge gegen Sonderabrechnung

Druck u. Verlag: Reichs- & Reichsdruckerei,
Dresden, Wilsdruffer Str. 1088 Dresden
Reichsdruck nur mit deutscher Gattungsangabe
(Dresden, Stadt.) gestattig. Unterlangsame
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meissen in Martin- str. 12 Bautzen in Seminar- str. 8

Damentaschen, Besuchertaschen,
Adolf Nätter
Pragerstr. 26
Neueste Modelle vom einfachen bis zum elegantesten.
Erstes Lederwaren-Spezialgeschäft.

Limbäcker
Johann-Georgen-Allee 8 Fernspr. 18777
Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

Polnische Aussfälle gegen Hindenburg

Unverschämte Sprache der Warschauer Blätter

Warschau, 19. Sept. Nach der bekannten Rede Hindenburgs in Oppeln beginnen die polnischen Regierung nachliegenden Blätter heute anscheinend auf einen Wink von amtlicher Stelle nachträglich einen künstlichen haherfüllten Pressealarm. Die halboffizielle „Gospa“, die unter einer dreipolitischen Überschrift auf der ersten Seite einen Bericht über die Rede Hindenburgs bringt, kritisiert die Rede des Reichspräsidenten mit überbleiblichen Worten und bemerkt, daß sie nicht zur Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen angezeigt sei. Das Blatt versucht einen Gegenlauf zu kontrahieren zwischen der Rede Hindenburgs in Oberschlesien und den Worten, die er beim Empfang des polnischen Gesandten in Berlin vor einigen Wochen gesprochen hat. Weiter wird in verdeckter, fast drohender Form auf die deutsch-polnischen Verhandlungen angewiesen. Schließlich appelliert das amtliche polnische Organ unverblümmt an die sächsischen Wirtschaftskreise, die ein Interesse an der Verständigung mit Polen hätten und den Handelsvertrag mit Polen wünschen und auch hieraus einen Gegenzug zu den Neuerungen Hindenburgs herzuleiten.

Der gleiche Gedankengang wird auch im großen und ganzen von der übrigen Regierungspresse übernommen, wobei die Absicht besonders erkennbar wird, den Handelsvertrag und die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder dazu auszunutzen, um Deutschland zu einem Bericht auf seine politischen Fortbewegungen im Osten zu bringen. Der „Gloss Pravda“ befehlt sich einer mit dem Inhalt der Rede kaum noch im Zusammenhang stehenden Heye, bezeichnet

die Rede Hindenburgs als einen „Faschist“ und erklärt, daß derartige Reden deutscher Büroraträger an der polnischen Grenze, in denen zum nationalen Kampf aufgerufen (?) und die Revanchestellung angeschaut würde (?), nicht dem Sinn der Nachkriegszeit entsprechen.

Wozu Hindenburg diese Rede überhaupt gehalten habe und in welchem Zusammenhang sie mit der deutschen Aktion in

Ges. stünde, bleibe ein Geheimnis der deutschen Diplomatie. Man könne im übrigen nicht denken, daß die oberherrschaftliche Rede Hindenburgs vom Berliner Kabinett genehmigt worden sei. Daß den Deutschen die Sener Entscheidung vom Jahre 1921 über Oberschlesien unverständlich sei, so bemerkt das Blatt weiter ironisch, sei eben ein betrübliches Zeichen ihres mangelnden Scharfsinns. Die Deutschen hätten vieles schon vor dem Kriege nicht verstanden und der Krieg habe sie auch nicht viel gelehrt.

Pilsudski soll sich zum König krönen

Die Wünsche der polnischen Monarchisten — Hoffnungen auf Litauens Anschluß

Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 18. Sept. In Warschau fand dieser Tage ein Kongress der polnischen Monarchisten statt, an dem 1500 Delegierte aus allen Teilen Polens teilnahmen. Der Kongress gliederte sich in einem Huldigungstelegramm an den Marschall Pilsudski, in dem der Wunsch ausgedrückt wurde, daß unter seiner Regierung wieder die königliche Flagge auf dem Schloß in Warschau der Welt die Vereinigung und den Zusammenschluß Polens und Litauens verkündigen möge. — Dieses Telegramm hat nun beträchtlich, vor allem in Litauen großes Aufsehen erregt, weil die polnische Regierung die monarchistische Bewegung durchaus duldet. Man erblüht in Litauen in diesem Telegramm einen neuen Weg, das Problem Polen-Litauen zu lösen. Es ist auch sehr bezeichnend, daß unter dem Vorstoß des Führers der Konseriativen in der polnischen Regierungspartei ein Entwurf über die Aenderung der Staatsverfassung ausgearbeitet wird, der nach der Rückkehr Pilsudskis aus Rumänien und nach der Einberufung des Seims im Laufe des Monats auf die Tagessordnung gelegt werden soll. Aus Kreisen, die über die Vorgänge in Polen gut unterrichtet sind, kann man nur hören, daß Polen ohne weiteres sich die monarchistische Staatsform geben würde, wenn es auf diese Weise eine aussichtsreiche Gelegenheit erhielte, den litauischen Staat zu „stossen“.

Berfehlte Luftpolitik

Wer grob wird, hat unrecht, pflegt man zu sagen. Auf den Luststreit zwischen Reich und Sachsen angewendet, bedeutet das, daß sich das Reichsverkehrsministerium und die Luft Hansa in diesen Tagen durch ihre grobschlächtigen Kampfmaßnahmen gegen Sachsen offenkundig ins Unrecht gesetzt haben. Es ist ein betrübliches Schauspiel, wie die Reichsbeförde mit einer Art Executive gegen Sachsen vorgeht. Über diese gewollte Überstürzung des Konflikts und die Brutalität der versuchten Lösungsmethoden haben wenigstens das eine Gute, daß sie die wahre Sachlage und die Verantwortlichkeit klären.

Lustkrieg zwischen Sachsen und Reich, Einstellung der sächsischen Subventionen, Lähmung des Luftverkehrs über Sachsen, Drohung mit Konzessionsentzug. Das ging Schlag auf Schlag, ohne daß die Sachsen eigentlich wußten, wieso und warum sie mit Berlin in einen Krieg verwickelt waren. Und ehe sie sich's versahen, donnerte auf einen Wink aus dem Ministerium die Presse der Reichshauptstadt gegen Sachsen los. Partikularistische Eigenbrüderlei, spießige Kräbzwinkel waren noch die mildesten Bezeichnungen für die Motive, die der sächsischen Regierung beim Verfolg ihrer Luftverkehrs-wünsche unterstellt wurden. Es kam so heraus, als ob man in Dresden Lustkrianken über der Landesgrenze errichten wolle und als ob jeder Passagier gezwungen werden solle, nur in sächsischen Maschinen über das Land zu fliegen. Im Nu war die öffentliche Meinung gegen die angebliche sächsische Rücksichtlosigkeit mobil gemacht. Und in Sachsen wußte man immer noch nicht, was eigentlich gespielt wurde. So war die Angelegenheit gründlich verfahren, ehe die Auseinandersetzung richtig begann. Schuld daran war die sächsische Regierung selbst, weil sie in falscher Einschätzung der Presse und ihrer publizistischen Aufgabe auf die Auflösung der Dessenfelder Verträge und nach Abmachungen mit dem Reichsverkehrsministerium die streitigen Punkte in rein internen Vertragsfragen deligen zu können glaubte. Dieses Vertrauen auf Berliner Diskretion wurde schmälerlich enttäuscht, hoffentlich mit dem Erfolg, daß sich die Dresdner Regierung diese Lehre zur Wirkung dienen läßt und ihren Nachrichtenapparat nach den Bedürfnissen moderner Staatskunst organisiert.

Viel zu spät, in zerplatteten Kundgebungen und in einer Form, die werten Kreisen unverständlich blieb, wurde dann der sächsische Standpunkt bekannt. Man konnte sich endlich überzeugen, daß er durchaus berechtigten verkehrs- und wirtschaftspolitischen Interessen des Landes entsprach ohne Kleinstaatsliche oder gar partikularistische Hinterehanden. Die ganze Berliner Pressefahrt entpuppte sich als eine böse Verzerrung der Tatsachen; denn nicht um den in den Vordergrund getretenen Streit wegen des Leipziger Flughafens in Mockau dreht sich der Konflikt in der Haupstadt, obwohl die sächsische Meinung zu Recht besteht, daß mit dessen Aufgabe zugunsten von Schleinitz und engbergisch-partikularistischer Interessen Preußens und der Stadt Halle willen der wirtschaftlichen Bernunft Gewalt angelan wurde. Aber das Land Sachsen und auch die Stadt Leipzig haben sich mit Schleinitz abgefunden und wehren sich nicht mehr dagegen, daß der große internationale Flugverkehr über diesen zwischenstaatlichen Hafen seinen Weg nimmt. Dagegen verlangt Sachsen, daß dem innerdeutschen und dem internationalen Verkehr die Benutzung des Mockauer Hafens nicht verwehrt wird, und vor allem, daß dieser Verkehr nach den günstigen Erfahrungen mit der Nordhauptschen Fluggesellschaft wirtschaftlicher, d. h. billiger gestaltet wird. Die Vertreter der Luft Hansa um das deutsche Flugwesen sollen gewiß nicht verkannt oder verkleinert werden. Aber ihre Vorstellung darf nicht so weit gehen, daß jede Kritik und jede Nachprüfung ihrer geschäftlichen Methoden mit Gewalt unterdrückt werden. Sie soll, unbelastet durch Konkurrenz, ihre große internationale Aufgabe zum künftigen Vorteil der deutschen Wirtschaft und zur Ehre des deutschen Namens in der Welt erfüllen und ausbauen, aber sie mag sich dafür halten, im Innern mit Hilfe der Reichsgewalt jede private Initiative im Flugwesen zu unterdrücken. Wozu eine solch einseitige Monopolisierung führt, wie sie hier offenbar angestrebt wird, das sehen wir an der allgemein anerkannten Krise des Flugwesens in Frankreich, die nach französischem Urteil ihren Ursprung in der ausgeschließlichen Begünstigung einzelner Unternehmungen durch den Staat hat.

Man könnte nach der Sammlungsgeduld, mit der die sächsische Regierung die Angriffe von Berlin hingenommen hatte, und nach dem friedlichen Verlauf der darauffolgenden Aussprache im Reichsverkehrsministerium die Hoffnung hegen, daß die von Sachsen vorgebrachten Geschäftspunkte nach dem üblichen Winterschlaf im Flugwesen ohne weitere Erhöhung der Gewalt in einer schiedlich-friedlichen Einigung ihre Erledigung finden würden. Statt dessen hat es die Luft Hansa für gut gefunden, daß einschlägige Feuer wieder anzublasen mit ihren Strafmaßnahmen gegen Sachsen. Nun müssen wir uns ganz energisch dagegen verwahren, daß die Luft Hansa als ein Privatunternehmen, dessen Rechte Subventionen auch mit sächsischen Geldern gesepeist werden, solch drastische „Massnahmen“ gegen eine Landesregierung ergreift. Und wenn ist,

Noch ein Abrüstungsvorstoß Deutschlands

Geschlossene Mächtefront gegen Bernstorff - Einsetzung eines Redaktionskomitees

Ges. 19. Sept. In der dritten Kommission der Völkerbundversammlung brachte am Mittwoch Graf Bernstorff gegenüber dem gestern von Paul Boncour vorgelegten Entwurfslösungsentwurf einen deutschen Gegenantrag über die Weiterführung der Abrüstungsarbeiten und Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz ein.

Der deutsche Antrag hat folgenden Inhalt: Die Völkerbundversammlung stellt fest, daß jetzt bereits die allgemeinen Bedingungen der Sicherheit, wie sie durch die Heraushebung der Rüstungen nach den Friedensverträgen und nach dem Vertrag von Locarno und dem Kellogg-Pact geschaffen sind, es erlauben, die erste Etappe in der Abrüstung vorzunehmen, indem eine erste allgemeine Konferenz für die Sicherung und Herabsetzung der Rüstungen einberufen wird, wodurch das gegenwärtige Mihverhältnis zwischen den Rüstungen der Staaten gemildert werden könnte. Die Völkerbundversammlung ist der Ansicht, daß die Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission und des Sicherheitsausschusses in einer Weise fortgesetzt werden sollen, die in weiteren Stufen eine progressive Herabsetzung der Rüstungen erleichtert. Die Völkerbundversammlung fordert den Rat auf, einen

dringenden Appell an alle Neglexungen zu richten, damit diejenigen, zwischen denen noch Gegenseite in den Aufstellungen bestehen, nunmehr in kürzester Frist und im Sinne der Verständigung und der internationalen Solidarität gewisse Lösungen suchen, die geeignet sind, eine so vollständig wie mögliche Vereinbarung über die Abrüstung herbeizuführen. Der Völkerbund ist der Ansicht, daß es Aufgabe der allgemeinen Konferenz für die Sicherung und Herabsetzung der Rüstungen ist, die Fragen, die jetzt noch ungelöst sind, endgültig zu regeln.

Zum Schlusse ersucht die Völkerbundversammlung den Rat, das Datum für die erste allgemeine Abrüstungskonferenz festzulegen, sie jedoch noch im Laufe des Jahres 1929 zusammenzutreten, zu dem von Boncour eingereichten Vorschlage erklärte Bernstorff, daß der französische Antrag weder die durch den Völkerbund geschaffenen Sicherheitsgarantien, noch den Pakt von Paris erwöhne.

In diesen beiden Tatsachen könne man aber nicht mehr vorbei. In der folgenden eingehenden Ausdrucksweise wurde der deutsche Vorschlag von sämtlichen Nebnern als unzureichend abgelehnt. Bereits schlug sodann vor, ein Redaktionskomitee einzusetzen, das auf der Grundlage des Antrages der fran-

zösischen und der deutschen Delegation einen neuen Entwurfslösungsentwurf vorlegen soll. Paul Boncour erklärte: Er wolle die Einberufung der Abrüstungskonferenz erst vornehmen, wenn die Fragen gelläufig seien, während Graf Bernstorff als offengebliebenen Streitfragen der Konferenz selbst übertragen wolle. — Der Schweizer Bundesrat Wotta, desgleichen der japanische Delegierte Saito und der italienische Delegierte General de Marines, erklärten sich auch für die Einsetzung einer Unterkommission und lebten die Feststellung eines Datums für die Abrüstungskonferenz ab.

Graf Bernstorff

gab hierauf die Erklärung ab, er sei bereit, die Einsetzung eines Redaktionskomitees vorzunehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß über den deutschen und den französischen Text gleichzeitig verhandelt würde. Mit grossem Nachdruck erklärte Bernstorff, er habe die formelle Aneinanderlegung seiner Regierung, zu verlangen, daß das Datum für die Einberufung der ersten allgemeinen Abrüstungskonferenz jetzt bereits durch die Völkerbundversammlung festgelegt werde.

Nach der Aussprache wurde beschlossen, ein Redaktionskomitee einzurichten, das die Vorschläge der französischen und der deutschen Delegation zu einem neuen einheitlichen Entwurfslösungsentwurf zusammenfassen soll. Dem Redaktionskomitee gehören an: Venetio, Bernstorff, Boncour, Guindon, London, der Pole Sokal, der Norweger Lange und der Delegierte von Salvador, Guerero. Das Redaktionskomitee wird am Donnerstagvormittag zusammentreten.

Van Hamel auf weitere vier Monate bestätigt

Ein Italiener soll sein Nachfolger werden.

Ges. 19. Sept. Von bestunterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß in der geheimen Sitzung des Völkerbundsrates im großen eine Einigung dahingehend erzielt wurde, daß das Mandat des Völkerbundskommissars für Danzig, van Hamel, das am 1. März 1929 abläuft, auf vier weitere Monate zu verlängern, um van Hamel die Möglichkeit zu geben, sich nach einer neuen Stellung umzusehen. An seine Stelle soll als Danziger Völkerbundskommissar der Italiener Graf Gravina ernannt werden. Eine endgültige Entscheidung ist jedoch nicht getroffen worden, da noch immer von verschiedenen Seiten Widerstände gegen die Ernennung eines neuen Danziger Völkerbundskommissars geltend gemacht werden. — Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht eine amtliche Verlautbarung über die Geheimhaltung, die die obige Mitteilung bestätigt. Graf Gravina ist ein Enkel von Cosima Wagner.